

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

Unterbringung von Menschen in Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in Heidelberg

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 30. Juli 2012

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Sozialausschuss	06.03.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Sozialausschuss	08.05.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Bauausschuss	22.05.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	23.05.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Sozialausschuss	26.06.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	04.07.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gemeinderat	25.07.2012	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Zusammenfassung der Information:

Der Sozialausschuss, der Bauausschuss, der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und der Gemeinderat nehmen die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.

Sitzung des Sozialausschusses vom 06.03.2012

Ergebnis: vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt

Sitzung des Sozialausschusses vom 08.05.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses vom 08.05.2012

2.1 Unterbringung von Menschen in Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in Heidelberg Informationsvorlage 0040/2012/IV

Herr Dr. Gerner verliest den in der Sitzung verteilten Sachantrag der SPD.

Stadträtin Frau Prof. Dr. Schuster fasst kurz zusammen, dass die SPD auch die Instand gesetzten Container nicht für eine menschenwürdige Unterbringung hält und deshalb einen Ersatz der Container an diesem oder anderem Standort als notwendig erachtet. Sie korrigiert im Antrag den Fehler in der Adresse „im Bosseldorn“ auf „in der Sickingenstr. 36“.

In der anschließenden Diskussion melden sich zu Wort:

Stadträtin Hollinger, Stadträtin Stolz, Stadträtin Dr. Lorenz

Die Diskussion hat folgenden Inhalt:

Die Anzahl obdachloser Menschen bewegt sich in Heidelberg für eine Stadt dieser Größenordnung eher im unteren Bereich. Bei Familien gibt es in der Regel eine größere Fluktuation aus den Notunterkünften als bei Einzelpersonen, mit Ausnahme der Notwohnungen im Mörgelgewann, die schon seit Jahrzehnten von den gleichen Familien bewohnt werden. Die Kinderbetreuung bei von Obdachlosigkeit bedrohten Familien, insbesondere im Mörgelgewann, ist sehr gut.

Warum alternative Standorte für die Container in der Sickingenstr. 36 aus gesamtstädtischer Sicht nicht in Frage kommen, entzieht sich der Kenntnis des Amtes für Soziales und Senioren.

Bürgermeister Dr. Gerner stellt den korrigierten Antrag der SPD abschließend zur Abstimmung:

Als Ersatz für die Container in der Sickingenstr. 36 werden bauliche Maßnahmen zur menschenwürdigen Unterbringung der BewohnerInnen an diesem Standort oder einem alternativen ergriffen.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 8:0:2

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Bauausschusses vom 22.05.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bauausschusses vom 22.05.2012

3.1 Unterbringung von Menschen in Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in Heidelberg Informationsvorlage 0040/2012/IV

Herr Erster Bürgermeister Bernd Stadel erklärt, dass bereits in der Vergangenheit versucht worden sei, andere Standorte zur Schaffung von Unterkünften für Menschen in Wohnungsnot und Obdachlosigkeit zu finden, dies jedoch bislang scheiterte. Eine Instandsetzung der vorhandenen Container sei jetzt dringend notwendig. Nach Instandsetzung könnten die Container einige Jahre weiter genutzt werden.

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Meißner, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadträtin Faust-Exarchos, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadträtin Spinnler, Stadtrat Krczal

Folgende Punkte werden angesprochen:

- Die Unterbringung in Containern sei kurzfristig möglich, auf Dauer jedoch unwürdig.
- Eine alternative Lösung müsse nicht sofort gefunden, jedoch gesucht werden. Jetzt sei zunächst zu investieren bis eine bessere Möglichkeit gefunden sei.
- Dies sei nicht vorrangig ein Thema des Bauausschusses. Es müsse eine sozialpolitische Lösung gefunden werden, die dann baulich umgesetzt werde. Ein Konzept sei erforderlich.
- Die Unterbringung solle dezentral erfolgen. Dies erfordere jedoch Betreuung und finanzielle Mittel.
- Nach Instandsetzung sei die Unterbringung nicht mehr menschenunwürdig. Container würden auch in anderen Zusammenhängen, zum Beispiel Schulen, eingesetzt. Die Bewohner der Container wollten beieinander wohnen. Die Bewohner sollten gefragt werden, wie sie wohnen wollen.

Auf Nachfrage erklärt Stadtrat Krczal, dass der **Antrag** der SPD-Fraktion (Anlage 01 zur Drucksache 0040/2012/IV) wie folgt modifiziert werden solle

Als Ersatz für die Container in der Sickingerstr. 36 werden mittelfristig bauliche Maßnahmen zur menschenwürdigen Unterbringung der BewohnerInnen an diesem Standort oder einem alternativen ergriffen.
--

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 10:00:02

Beschlussempfehlung des Bauausschusses:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

*Als Ersatz für die Container in der Sickingenstr. 36 werden **mittelfristig** bauliche Maßnahmen zur menschenwürdigen Unterbringung der BewohnerInnen an diesem Standort oder einem alternativen ergriffen.*

gezeichnet

Bernd Stadel
Erster Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 23.05.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 23.05.2012

9.1 Unterbringung von Menschen in Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in Heidelberg Informationsvorlage 0040/2012/IV

Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner ruft den Tagesordnungspunkt auf und geht auf den Beschluss des Bauausschusses vom 22.05.2012 ein. Er geht weiter auf den inhaltlichen Antrag der BL/Li vom 23.05.2012 ein und weist darauf hin, dass erfahrungsgemäß eine Begleitung der Bewohner rund um die Uhr erforderlich sei. Der Antrag sollte daher im Sozialausschuss beraten werden.

Frau Stadträtin Spinnler führt an, die SPD wolle ihren ursprünglichen Antrag vom 08.05.2012 (siehe Anlage 01 zur Drucksache) aufrecht erhalten, also das Wort „mittelfristig“ aus dem im Bauausschuss am 22.05.12 beschlossenen Antrag streichen (siehe Seite 2.4 der Drucksache), da die Lösung bereits im kommenden Haushalt abgebildet sein solle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt dies zu.

Herr Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz stellt folgenden **Antrag** und begründet ihn:

Die Stadt Heidelberg erarbeitet ein Konzept, wie die bestehenden Notwohnungssiedlungen und -quartiere aufgelöst oder in reguläre Quartiere umgewandelt werden können. Der Oberbürgermeister legt dem Gemeinderat bis Ende des Jahres einen Zwischenbericht vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner erklärt, er müsse den Vorgang aufgrund des Antrages in den Sozialausschuss zur Beratung zurückverweisen. Herr Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz ist damit einverstanden. Über den Antrag wird nicht abgestimmt.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: verwiesen in den Sozialausschuss

Sitzung des Sozialausschusses vom 26.06.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Sozialausschusses vom 26.06.2012

3.1 Unterbringung von Menschen in Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in Heidelberg Informationsvorlage 0040/2012/IV

Bürgermeister Dr. Gerner stellt den folgenden **Antrag** von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz für die BL/Li im SEVA am 23.05.2012 vor, der in den heutigen Sozialausschuss verwiesen wurde:

Die Stadt Heidelberg erarbeitet ein Konzept, wie die bestehenden Notwohnungssiedlungen und -quartiere aufgelöst oder in reguläre Quartiere umgewandelt werden können. Der Oberbürgermeister legt dem Gemeinderat bis Ende des Jahres einen Zwischenbericht vor.

Herr Dr. Gerner bittet die Ausschussmitglieder, dem Antrag nicht zuzustimmen, da die Stadt Heidelberg als Polizeibehörde verpflichtet ist zur Vorhaltung von Obdachlosenunterkünften.

Sozialamtsleiter Reinhard erläutert ausführlich die weiteren Gründe:

Oberste Priorität hat die Unterbringung in eigenem Wohnraum, d.h. Personen, die aufgrund ihres Sozialverhaltens alleine wohnfähig sind, werden auch mit privatem Wohnraum versorgt.

Daneben verfügt die Stadt Heidelberg über Obdachlosenunterkünfte verschiedener Qualität. Je nach Sozialisationsfähigkeit werden obdachlose Menschen in die diversen Unterkünfte eingewiesen. Letzte Stufe ist eine Unterbringung in der Sickingenstr. 36. Wenn diese Unterkünfte künftig wegfallen bzw. dezentralisiert werden, stehen diese Menschen quasi auf der Straße, da sie aufgrund ihres sozial unverträglichen Wohnverhaltens nicht anderweitig unterzubringen sind.

Nach ausführlicher Diskussion im Gremium zieht Stadträtin Stolz den Antrag der BL/Li vom 23.05.2012 zurück.

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 04.07.2012

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 25.07.2012

Ergebnis: Kenntnis genommen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
SOZ 2	+	Diskriminierung und Gewalt vorbeugen
		Begründung: Menschen ohne Wohnung droht die Ausgrenzung aus der Gesellschaft. Wer keine Unterkunft besitzt und keine eigene Anschrift angeben kann, wird zum Außenseiter. Das Bereitstellen von (nach Möglichkeit dezentralen) Notunterkünften für Obdachlose steuert dem entgegen.
		Ziel/e:
WO 1	+	Wohnraum für alle
WO 7	+	Schaffung einer angemessenen sozialen Infrastruktur
WO 2	+	Preiswerten Wohnraum sichern und schaffen
		Begründung: Niemand muss auf der Straße leben, solange die Stadt ausreichend Notunterkünfte zur Verfügung stellen kann. Diese Unterkünfte sind durchweg bezahlbar bzw. werden aus Mitteln der Stadt bzw. des Landes bezahlt.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

Mit Antrag vom 24.01.2012 (Drucksache Nummer 0011/2012/AN) beantragten SPD und GAL/Heidelberg Pflegen & Erhalten die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Unterbringung von Menschen in Wohnungsnot und Obdachlosigkeit in Heidelberg“.

Bei der Stadt Heidelberg ist die Fachstelle für Wohnungsnotfälle beim Amt für Soziales und Senioren als Ortspolizeibehörde verpflichtet zur Unterbringung von Heidelberger Obdachlosen. Sie verfügt derzeit über ein Kontingent von insgesamt 433 Unterkünften an verschiedenen Standorten im Stadtgebiet, teilweise dezentral in Einzelwohnungen, teilweise zentral in Groß- und/oder Gemeinschaftsunterkünften (GU).

Zum 15.04.2012 waren durch die Fachstelle insgesamt 634 Personen in Obdachlosenunterkünften untergebracht, davon 479 Erwachsene (inklusive 226 Einzelpersonen) und 155 Kinder.

Situation in der Sickingenstr. 36:

In der GU Sickingenstr. 36 (Containeranlage) stehen insgesamt 27 Zimmer für die Unterbringung von Einzelpersonen zur Verfügung, 11 Plätze für Frauen sowie 16 Plätze für Männer. Die Bereiche sind baulich voneinander abgetrennt, der separate Trakt für Frauen befindet sich im 1.OG der Anlage mit eigenem Zugang, die Männer sind in zwei weiteren Trakten untergebracht. Die dort lebenden Personen haben vielfältige Schwierigkeiten, oft Sucht- oder psychische Probleme, und sind aufgrund ihres sozial unverträglichen Wohnverhaltens weder auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt noch in anderen Unterkünften mit Wohnraum zu versorgen.

Im Frauentrakt sind aktuell 4 Zimmer frei und belegbar, bei den Männern ist 1 Zimmer verfügbar.

Ebenfalls in der Containeranlage befindet sich das Not-/ Winterquartier der Stadt Heidelberg. In diesem Quartier, geöffnet von Mitte November bis Ende März und betreut vom SKM – Katholischer Verein für soziale Dienste in Heidelberg e.V., stehen in 5 Räumen bis zu 22 Schlafplätze für Heidelberger Wohnungslose zur Verfügung. Das Not-/ Winterquartier ist räumlich von den 3 Wohntrakten der GU getrennt und mittels eines separaten Eingangs zu erreichen. In der vergangenen Wintersaison war das Notquartier längst nicht ausgelastet, das Angebot ist also für Heidelberg ausreichend.

Die Containeranlage, im Jahr 1991 von der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz errichtet, wurde zunächst von der Stadt Heidelberg angemietet und zur Unterbringung von Asylbewerbern vorgehalten. Im Jahr 2006 erfolgte der Eigentumsübergang der Anlage an die Stadt Heidelberg.

Aufgrund damals rückläufiger Flüchtlingszahlen bei zugleich steigendem Bedarf an Einfachst-Unterkünften für Obdachlose wird die Anlage seit dem 01.11.2007 als GU für Obdachlose sowie als Not-/ Winterquartier genutzt.

Im Jahr 2009 wurden Überlegungen über eine möglich anderweitige Unterbringung der dort wohnenden Personen bzw. eine Verlegung des Containerstandortes angestellt, zum einen, weil an der Containeranlage durch die jahrelange, intensive Nutzung deutliche Mängel auftraten, zum anderen im Zusammenhang mit der Planung eines Nahversorgungszentrums in Rohrbach und einer Rad- und Fußgängerbrücke an der Sickingenstraße nach Kirchheim. Alle Alternativen (Bosseldorn 24, Im Klingenbühl 6 / Im Klingenbühl 8 sowie zuletzt die Aufstellung einer Containeranlage auf einem derzeit noch un bebauten Grundstückabschnitt im Verlauf des Wieblinger Wegs) mussten allerdings mangels Umsetzbarkeit aufgegeben werden.

Der Erhalt der Containeranlage Sickingenstr. 36 als Unterbringungsmöglichkeit für diesen Personenkreis sowie als Not-/ Winterquartier ist daher auch weiterhin zwingend erforderlich, der Bedarf an Einfachstunterkünften, insbesondere für Einzelpersonen, ist seit Jahren eher noch ansteigend.

Nachdem alternative Standorte nicht realisierbar waren, wurde 2011 der Gesamtzustand der Containeranlage überprüft. Nach gutachterlicher Einschätzung eines von Amt 19 beauftragten Statikers ist die Standsicherheit der tragenden Stahlkonstruktion der Containeranlage aktuell nicht gefährdet. Sollte die Anlage langfristig weiter genutzt werden, sind allerdings diverse Sanierungsmaßnahmen durchzuführen – beispielsweise gibt es verschiedene Roststellen an der Konstruktion, die beseitigt werden müssen, die Stahlteile müssen anschließend entsprechend gegen Korrosion geschützt werden. Darüber hinaus ist dauerhaft ein Eintrag von Feuchtigkeit in die Tragstruktur zu verhindern, die in den Eingangsbereichen und Nassräumen eingesetzten schadhafte Holzwerkstoffplatten sind zu ersetzen. Außerdem müssen alle Duschräume der 3 Wohntrakte und des Not-/ Winterquartiers instand gesetzt werden.

Für die kompletten Maßnahmen sind ca. 200.000 € notwendig. Die Mittel stehen im Rahmen des Bauunterhaltungsprogramms bei Amt 19 zur Verfügung, so dass die Sanierungsarbeiten jetzt kurzfristig umgesetzt werden.

Die aufgrund von Vorgaben des Staatlichen Gesundheitsamtes erforderlichen Arbeiten zur Verbesserung der hygienischen Situation (Entfernen von Sporen- und Schimmelbefall, erneute Vornahme sämtlicher erforderlicher Malerarbeiten in den gemeinschaftlich genutzten Räumen sowie im kompletten Sanitärbereich, Einbau leistungsstarker Lüfter in den Duschräumen, Bereitstellung von Hygienemitteln /-gerätschaften) wurden von der Fachstelle in den letzten Wochen und Monaten bereits durchgeführt.

gezeichnet

Dr. Joachim Gerner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Inhaltlicher Antrag der SPD mit Datum vom 08.05.2012 (Tischvorlage im Sozialausschuss am 08.05.2012)
A 02	Inhaltlicher Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz mit Datum vom 23.05.2012 (Tischvorlage in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 23.05.2012)